

Machtverteilung ist schließlich auch der Grund für die Aufteilung der Zuständigkeiten auf Bund und Länder; Zentralisierung garantiert nicht ohne Weiteres eine effektivere Erfüllung der Aufgaben.

Fazit: So interessant es auch ist, sich auf die staatstheoretischen und ideengeschichtlichen Fundamente von Freiheitsfunktion und Sicherheitsaufgabe des Staa-

tes zu besinnen – für die Lösung der praktischen Fragen bringt die abstrakte Diskussion zu wenig. Und ebenso ist Datenschutz kein Selbstzweck, sondern ein Rechtsinstitut, das der konkreten Fortentwicklung bedarf – mit dem gehörigen Augenmaß für die tatsächlichen Risiken und für die Wirkungsmöglichkeiten des Gesetzes.

Hans-Peter Bartels

Demokratie als Bedingung der Freiheit

Freiheit ist nicht voraussetzungslos zu haben. Sie muss erkämpft, gewonnen, verteidigt und gestaltet werden. Und man kann sie auch wieder verspielen. Die deutsche Geschichte zeugt davon. Wir haben daraus gelernt. Aber zuweilen hat es den Anschein, als seien wir dabei, das wieder zu vergessen. Der Beitrag basiert auf gemeinsamen Überlegungen mit Johano Strasser und Wolfgang Merkel.

Die Demokratie als einzig verlässliche legitime Ordnung der Freiheit vererbt sich nicht von selbst. Sie muss von jeder Generation neu erworben und eingeübt werden. Demokratie braucht Demokraten. Das klingt wie eine Selbstverständlichkeit, real ist es aber ein Problem.

Umfragen zufolge sind 50 % der Deutschen mit unserer Demokratie, wie sie ist, weniger bis gar nicht zufrieden. Die Wahlentscheidung für rechtsextreme Parteien gilt immer häufiger als Beweis für Verdrossenheit mit dem politischen System, die Nichtteilnahme an Wahlen beanspruchen manche Kreise geradezu als Ausweis überlegener politischer Urteilsfähigkeit. Wenn nach dem Vertrauen in bestimmte Institutionen gefragt wird, rangieren Parlamente und Parteien, also die Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie, am unteren Ende der Skala. Dass dies europa-, ja weltweit der Fall ist, kann nicht beruhigen. Alle klassischen Vereinigungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, von den Kirchengemeinden bis zu den Sportvereinen, insbesondere aber die demokra-



Hans-Peter Bartels

(* 1961) MdB, ist Mitglied der SPD-Grundwertekommission und Mitherausgeber der Zeitschrift *Berliner Republik*.

hans-peter.bartels@bundestag.de

tischen Parteien klagen über sinkende Mitgliederzahlen und über die rückläufige Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung. Viele Menschen scheinen es heute als Zeitverschwendung und unzumutbare Anstrengung zu betrachten, sich um die öffentlichen Belange des Gemeinwessens zu kümmern.

Wenn aber viele Bürgerinnen und Bürger sich von der Politik abwenden und Politiker, Parteien und Parlamente mit Verachtung betrachten, schwächen sie die wichtigsten Instanzen, die gegenüber den dominierenden ökonomischen Interessen dem Gemeinwohl Geltung verschaffen können. Eine Demokratie, die von der Mehrheit alleingelassen würde, verkäme

zu einer Oligarchie der wirtschaftlich Erfolgreichen oder würde zum Spielball organisierter Lobbygruppen. Selbst wenn es eine steigende Bereitschaft geben sollte, sich temporär in den Assoziationen und Initiativen der Zivilgesellschaft zu engagieren, könnte dies die Flucht aus den Parteien nicht kompensieren.

Pflicht zur Demokratie

Für die meisten Menschen in Europa ist Demokratie vor allem eine Sammelbezeichnung für persönliche und politische Freiheitsrechte, die man mit großer Selbstverständlichkeit in Anspruch nimmt, in zweiter Linie ein Entscheidungsverfahren, an dem man sich beteiligen kann oder auch nicht. Dass es so etwas wie eine Pflicht zur Demokratie geben könnte, ist dagegen nicht unmittelbar einsichtig. Wenn wir hier von einer »Pflicht zur Demokratie« sprechen, so meinen wir damit zweierlei: einmal, dass Menschen nur wirklich frei sein können, wenn sie auch ihren Mitmenschen dieselbe Freiheit zugestehen, und zum andern, dass Menschen, die sich selbst und ihren Mitmenschen eine unveräußerliche Würde zusprechen, auch verpflichtet sind, einen gesellschaftlichen Zustand durchzusetzen und zu erhalten, in welchem die Menschenwürde eines jeden geachtet und geschützt wird.

Es gibt die These, die deutsche Politikverdrossenheit sei ein Wohlstandssyndrom: Es gehe uns – dem Export- und Urlaubsweltmeister – zu gut. Und natürlich gibt es auch die Gegenthese: Viele Deutsche seien verdrossen, weil es uns – der kinderarmen Hartz-IV-Republik – zu schlecht gehe. Manche meinen, es gebe eigentlich zu wenig Demokratie, zu wenige Beteiligungsmöglichkeiten und fordern, nicht immer zu Unrecht, mehr plebiszitäre Elemente. Doch wo es die dann gibt, werden sie kaum genutzt und ändern jedenfalls an Wahlbeteiligung, Parteimitgliedschaft oder

Misstrauensvoten in Umfragen nichts. Andere sagen auch, die Medien seien mitverantwortlich mit ihrer permanenten Skandalisierung des politischen Streits – der doch gerade nicht die Entgleisung, sondern die gewollte, alltägliche und unausweichliche Normalität der Demokratie darstelle. Das alles mag sein.

Aber die offene Geringschätzung des demokratischen Engagements anderer Mitbürger und die Zurückhaltung beim eigenen aktiven Eintreten für die parlamentarische Demokratie, wie sie tatsächlich bei uns und anderswo nach den verfassungsmäßigen Regeln funktioniert, haben ihre Ursache wohl eher in der Art und Weise, wie seit Generationen über Politik in diesem Land gesprochen worden ist. Die Metaphern (Politik ist ein »schmutziges Geschäft«, Kompromisse sind »faul«), die Stereotype (»Parteiengezänk«, »der Bürger« vs. »die politische Klasse«), die Klischees (der leere Plenarsaal und die arbeitsscheuen, selbstüchtigen »Politiker«) bereiten das Feld für eine ganz eigentümlich abstinente Haltung: Politik, die jeden berührt, als etwas zu empfinden, das ganz weit weg ist, mit dem man nichts zu tun hat und auch nichts zu schaffen haben sollte.

Der Politikwissenschaftler Werner Patzelt hat 2001 veröffentlicht, von welcher Basis jede politische Diskussion auszugehen hat: 50 % der Bevölkerung glauben, von Gewaltenteilung schon etwas gehört zu haben. Was Föderalismus ist, wissen 59 % nicht; vom Rest machen 14 % falsche Angaben. 60 % sagen, dass sie über die Arbeitsweise des Bundestages nichts oder zu wenig erfahren. Ganze 30 % wissen, dass es die zentrale Aufgabe der regierungstragenden Fraktionen ist, die Regierung gemäß parlamentarischem Mehrheitswillen auf Kurs und insgesamt im Amt zu halten. Und nur 30 % kennen die Aufgabe der Opposition – wohingegen zwei Drittel meinen, dass ihr die Aufgabe zukomme, der Regierung zu helfen. Der ehemalige Bundespräsident

Theodor Heuss hatte recht, als er sagte: »Demokratie ist keine Glücksversicherung, sondern das Ergebnis politischer Bildung und demokratischer Gesinnung.«

Der gesellschaftliche Mainstream scheint heute genau in die andere Richtung zu fließen: Aushöhlung der Gemeindedemokratie als demokratisches Übungsfeld, Vernachlässigung der politischen Bildung, Einübung der Untertanenrolle im Betrieb, Schwächung der nationalstaatlichen Gestaltungsmacht in der globalisierten Wirtschaftswelt.

Politische Freiheit festhalten

Die objektiven Probleme der Demokratie können aber nur angepackt werden von einer Gesellschaft, die politisch informiert und urteilsfähig ist und sich kenntnisreich engagiert. Demokratie hat Spielregeln. Es gibt gute und bittere Erfahrungen, eine Geschichte und auch Möglichkeiten der Weiterentwicklung. All das kann und muss gelernt werden wie Lesen, Schreiben und Rechnen. In der Schule. Über die Medien. Durch eigene Praxis. Die Kultur von Streit und Kompromiss kennenzulernen und einzuüben, ist nicht weniger wichtig als die Regeln für Groß- und Kleinschreibung, die Winkelgeometrie oder der Zitronensäurezyklus.

Trotz aller Enttäuschungsgesten von Bürgern und Medien gegenüber »der Politik«, trotz der uns seit den 70er Jahren begleitenden Krisenrhetorik zur Demokratie gibt es gerade jetzt eine neue Aufbruchschance. Es gilt nicht ein vermeintlich versunkenes goldenes Zeitalter der Demokratie zu heben. Ein solches hat es nie gegeben. Colin Crouchs Begriff der »Postdemokratie« mag als Warnung berechtigt sein, als Real-Diagnose ist er schlechtes Feuilleton. Es ist empirisch nicht zu beglaubigen, dass der »demokratische Moment« in den USA vor dem Zweiten Weltkrieg und in Westeuropa nach diesem ge-

legen hatte. Was hätten wohl Farbige in Louisiana, Alabama oder Mississippi zu solch unbegründeter Glorifizierung gesagt? Was Frauen und Homosexuelle, wenn die Adenauer-Ära als der glorreiche Moment der Demokratie bezeichnet worden wäre? Richtig ist, dass in den letzten drei Jahrzehnten die Politik sukzessive an Gestaltungsräumen gegenüber den Märkten verloren oder diese gar fahrlässig aufgegeben hat. Die Finanzkrise aber hat dem erschöpften neoliberalen Paradigma den Gnadenstoß gegeben. Nicht der Markt, sondern der Staat soll es nun richten. Bankiers und Industrielle rufen unverhohlen nach keynesianischer Politik und staatlicher Regulierung. Es könnte die Stunde der Politik und Demokratie werden. Gerade Sozialdemokraten sollten diesen Moment der Krise nutzen, um die Lebensverhältnisse der Bürger bewusst und im demokratischen Auftrag zu gestalten und nicht der unsichtbaren Hand entfesselter Märkte zu überlassen.

Der Macht- und Mentalitätswechsel in den USA öffnet ein Fenster der Gelegenheiten. Ein demokratischer Staat, der zeigt, dass er die Lebensverhältnisse der Bürger gestaltet, der die wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft nicht schicksals- und marktergeben hinnimmt, kann verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Nicht die Larmoyanz der Verkünder eines postdemokratischen Zeitalters, sondern die nachhaltige Gestaltung des demokratischen Moments ist das Gebot der Stunde.

Freiheit ist neben politischer Gleichheit und Machtkontrolle eines der drei Kernprinzipien der Demokratie. Sie ist Voraussetzung wie beständiges Resultat der freiheitlichen Demokratie. Ohne Freiheit ist keine Demokratie, ohne Demokratie keine Freiheit zu haben. Was Alexis de Tocqueville vor 170 Jahren wusste, können wir – egal, ob es dem heutigen Zeitgeist entspricht –, auch wissen: »Um [...] die politische Freiheit zu verlieren, genügt es, sie nicht festzuhalten.«